

Bewerbungs- und Angebotsbedingungen für das Vergabeverfahren

Direktvermarktung von elektrischer Energie aus Erneuerbaren Energien

der

Arverio Baden-Württemberg GmbH

– im Folgenden kurz "Auftraggeberin" oder "AG" genannt –

Stand: 29.05.2026

Gender-Hinweis

Gleichberechtigung ist uns sehr wichtig. Aus Gründen der leichten Lesbarkeit und inhaltlichen Klarheit verzichten wir dennoch auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Sprachformen. Das gilt insbesondere für die Bezeichnung juristischer Personen (Unternehmen). Diese verwendeten Formulierungen schließen alle Geschlechter gleichermaßen mit ein.

Inhaltsverzeichnis

I.	Überblick.....	3
1.	Vorbemerkung	3
2.	Auftraggeberin und Vergabestelle	3
3.	Gegenstand der Beschaffung.....	3
4.	Voraussichtlicher Terminplan	8
5.	Vergabeunterlagen	9
II.	Hinweise zum Verfahren	10
1.	Art des Vergabeverfahrens: Offenes Verfahren nach § 14 SektVO	10
2.	Kommunikation und Vergabeplattform	11
3.	Bieterfragen	12
4.	Geheimhaltung, Vertraulichkeit und Urheberrecht.....	12
5.	Wettbewerbsbeschränkungen.....	14
6.	Entschädigung/Vergütung	14
7.	Aufhebung des Vergabeverfahrens.....	14
III.	Form und Inhalt des Angebotes	15
1.	Abgabe der Angebote	15
2.	Bietergemeinschaften / Nachunternehmer	15
3.	Einzureichende Unterlagen / Vollständigkeit der Angebote	16
IV.	Zuschlagserteilung / Vertragsschluss.....	18
V.	Nachprüfung	20

I. Überblick

1. Vorbemerkung

Die vorliegende Ausschreibung betrifft den Einkauf von elektrischer Energie aus Erneuerbaren Energien inklusive Herkunftsnachweisen aus Erneuerbaren Energien (**EE**) für Unternehmen der Arverio-Gruppe und verbundene Unternehmen.

Die Ausschreibung wird von der Arverio Baden-Württemberg GmbH als Vergabestelle und Auftraggeberin durchgeführt. Mit den erfolgreichen Bietern wird bis zum Erreichen der maximalen Einkaufsmenge jeweils ein einheitlicher Vertrag geschlossen, der die Bereitstellung der elektrischen Energie für die Einkäufer zum Gegenstand hat.

An dem Vergabeverfahren können alle Erzeuger von elektrischer Energie und sonstige Unternehmen als Bieter teilnehmen, die über Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien verfügen. Der Strom soll in den Bilanzkreis des Hauptstromlieferanten eingespeist werden.

Das Vergabeverfahren wird als offenes Verfahren nach Maßgabe der Sektorenverordnung (**SektVO**) ausgeschrieben.

2. Auftraggeberin und Vergabestelle

Auftraggeberin und Vergabestelle ist die Arverio Baden-Württemberg GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter der Handelsregisternummer HRB 760565.

Die Arverio Baden-Württemberg GmbH ist ein Eisenbahnverkehrsunternehmen mit Sitz in Stuttgart. Die Gesellschaft ist Teil der Arverio Deutschland GmbH, einer Tochtergesellschaft der ÖBB-Personenverkehr AG. Arverio Baden-Württemberg GmbH betreibt Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg und Bayern, insbesondere auf den Netzen Rems-Fils, Franken-Enz und Murrbahn.

3. Gegenstand der Beschaffung

3.1 Gegenstand und Rahmenbedingungen der Ausschreibung

Gegenstand der Ausschreibung ist der Abschluss von Verträgen zur sonstigen Direktvermarktung von Strom aus Erneuerbaren Energien gemäß § 21a EEG 2023. Die Auftragnehmer (nachfolgend auch „**Lieferanten**“ oder „**Anlagenbetreiber**“ genannt) verkaufen den gesamten in ihren Anlagen erzeugten Strom ohne Inanspruchnahme einer EEG-Förderung unmittelbar an die Auftraggeberin und speisen diesen in den Bilanzkreis des jeweiligen von der Auftraggeberin benannten Hauptstromlieferanten ein.

Ziel ist es, langfristige Lieferverträge zur Versorgung mit nachhaltig erzeugtem Strom zu schließen. Damit sollen die Marktintegration erneuerbarer Energien gefördert, die Verkehrswende mit Ökostrom unterstützt sowie durch den optionalen Einsatz von Batteriespeichern ein Beitrag zur Netzstabilisierung und zur Glättung von Preisschwankungen geleistet werden.

Die Einspeisung des Stroms erfolgt vollständig in den Bilanzkreis des benannten Hauptstromlieferanten. Eine direkte Belieferung des Auftraggebers ist nicht vorgesehen. Die Einspeisung muss innerhalb des von der Auftraggeberin festgelegten Bilanzkreises erfolgen.

Die Auftragnehmer müssen in der Lage sein, für die gelieferten Strommengen Herkunftsnachweise (HKN) auszustellen oder deren Ausstellung über den jeweiligen Betreiber zu veranlassen. Die Herkunftsnachweise müssen auf Anforderung der Auftraggeberin oder einen von diesem benannten Dritten übertragbar sein. Voraussetzung hierfür ist die Registrierung der jeweiligen Erzeugungsanlage im Herkunftsnachweisregister des Umweltbundesamtes.

Hinweis: Die Auftraggeberin trägt die Direktvermarktungskosten, die dem Anlagenbetreiber durch den Hauptstromlieferanten in Rechnung gestellt werden.

3.2 Zulässige Energiequellen

Als Erneuerbare Energien im Sinne dieser Ausschreibung gelten ausschließlich Stromerzeugungsanlagen aus folgenden Energiequellen:

- Windenergie an Land,
- solare Strahlungsenergie (Freiflächenanlagen),

jeweils ohne Eigenverbrauch durch Dritte, die nicht zur EEG-Anlage gehören.

3.3 Definition und Standort der Anlage

Im Sinne dieser Ausschreibung gilt als „Anlage“ eine technische Einheit zur Erzeugung elektrischer Energie, deren erzeugte Strommengen an einem gemeinsamen Netzeinspeisepunkt (auch: Netzverknüpfungspunkt oder Übergabepunkt) gemessen und in das öffentliche Netz eingespeist werden. Als eine Anlage gelten daher auch mehrere Stromerzeugungseinheiten (z. B. mehrere Windenergieanlagen), sofern sie über denselben Netzeinspeisepunkt abgerechnet und bilanziert werden. Maßgeblich ist dabei der jeweils zugeordnete Zählpunkt.

Aufgrund bestehender vertraglicher Regelungen mit dem derzeitigen Hauptstromlieferanten können ausschließlich Anlagen berücksichtigt werden, deren Netzeinspeisepunkt innerhalb

der Bundesrepublik Deutschland liegt. Anlagen mit Standorten im Ausland oder mit Netzanbindung außerhalb Deutschlands sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Für die Teilnahme sind sämtliche technischen und rechtlichen Voraussetzungen für einen regelkonformen Anlagenbetrieb zur Bereitstellung von elektrischer Arbeit und Leistung zu erfüllen.

3.4 Mengenstruktur und Vertragsvolumen

Das maximale jährliche Lieferkontingent für die gesamte Ausschreibung beträgt 95.000.000 kWh (Kilowattstunden) pro Kalenderjahr (vorgesehene jährliche Abnahmemenge). Die Auftraggeberin beabsichtigt, mit mehreren Bietern Einzelverträge über die Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien abzuschließen. Die kumulierten Stromliefermengen aller Einzelverträge in einem Kalenderjahr sollen rund 95.000.000 kWh betragen.

Die Auftraggeberin behält sich vor, das maximale Ausschreibungsvolumen ganz oder teilweise unausgeschöpft zu lassen, sofern dies zur Wahrung der Wirtschaftlichkeit erforderlich ist. Ein Anspruch auf Zuschlagserteilung besteht nicht, insbesondere nicht, wenn der Zuschlag auf ein Angebot zur Überschreitung des genannten Jahreskontingents führen würde.

Bieter können Angebote mit einer **Vertragslaufzeit zwischen 1 und 10 Jahren** ab dem vorgesehenen Lieferbeginn einreichen.

Der Zuschlag erfolgt ausschließlich auf Angebote, die in das noch verfügbare jährliche Lieferkontingent passen. Es besteht kein Anspruch auf Zuschlagserteilung, wenn durch das Angebot der Jahresrahmen überschritten würde. Die Auftraggeberin behält sich vor, das maximale jährliche Lieferkontingent nicht auszuschöpfen.

Angebotsgegenstand ist jeweils die vollständige Strommenge, die in der angebotenen Anlage erzeugt wird. Die jeweils angebotene Anlage muss eine prognostizierte **Mindestjahresliefermenge von 1.000.000 kWh** aufweisen.

Die zu berücksichtigende Liefermenge wird auf Grundlage des Erzeugungslastgangs des Jahres 2025 ermittelt. Mengen, für die aufgrund der Spotmarktpreise der EEX 2024 eine wirtschaftliche Abschaltung der Anlage erfolgt ist oder hätte erfolgen müssen, bleiben unberücksichtigt. Eine wirtschaftliche Abschaltung wird dabei unterstellt, wenn der Spotmarktpreis (Day-Ahead-Baseload der EEX) kleiner oder gleich null Euro pro Megawattstunde ($\leq 0 \text{ €/MWh}$) war. Die Auftraggeberin behält sich vor, Erzeugungslastgänge entsprechend

anzupassen und nicht abgeschaltete Mengen bei relevanter Preiskonstellation aus der Bewertung auszuklammern.

Hinweis zur Angebotsabgabe bei mehreren Anlagen:

Jede Erzeugungsanlage, für die ein Angebot eingereicht werden soll, wird gesondert betrachtet, wenn und soweit diese über eine eigene Zählpunktbezeichnung verfügt (vgl. Ziffer 3.3). Gegenstand eines einzelnen Angebots darf ausschließlich eine einzelne Anlage in diesem Sinne sein. Für jede Anlage ist daher ein separates Angebotsschreiben einzureichen. Für jede Anlage ist im Angebotsschreiben der jeweilige Festpreis und die gewählte Vertragslaufzeit anzugeben. Dem Angebot sind jeweils ein separates Stammdatenblatt sowie die jeweiligen Lastgangdaten für das Kalenderjahr 2025 für jede Anlage beizufügen. Die Abgabe eines zusammengefassten Angebots für mehrere Anlagen (mehrere Zählpunktbezeichnungen) ist nicht erwünscht und kann zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Die Bewertung der Angebote sowie eine etwaige Zuschlagserteilung erfolgen jeweils ausschließlich Anlagenbezogen.

3.5 Pflichten der Auftragnehmer

Die wesentlichen Aufgaben des Lieferanten umfassen:

- Lieferung des in der Erzeugungsanlage erzeugten Stroms einschließlich der zugehörigen Herkunftsnachweise, ohne feste Mengenvorgaben oder Strukturanforderungen. (sog. „Pay as Produced“ oder „Pay as Forecasted“).
- Einspeisung der Strommengen in den von der Auftraggeberin benannten Bilanzkreis.
- Sicherstellung der technischen Verfügbarkeit und Betriebssicherheit der Erzeugungsanlage(n).
- Übermittlung relevanter Anlagendaten sowie rechtzeitige Information über geplante Änderungen.
- Bereitstellung der technischen Infrastruktur zur Fernsteuerung der Anlage, insbesondere zur Anpassung der Einspeiseleistung bei Null und negativen Strompreisen, Teilnahme am Regenergiemarkt oder bei Redispatch 2.0-Maßnahmen.
- **Optional:** Einsatz eines Batteriespeichers mit entsprechender Kommunikationschnittstelle zur netzdienlichen Be- und Entladung.

3.6 Vertrag mit dem Hauptstromlieferanten (Direktvermarktung)

Nach Abschluss der Angebotswertung erhalten diejenigen Bieter, deren Angebote für einen Zuschlag in Betracht kommen, eine entsprechende Mitteilung durch die Vergabestelle. Für die Lieferart „Pay as Produced“ sind diese Bieter verpflichtet, zeitnah einen Vertrag über die Direktvermarktung des tatsächlich ins öffentliche Netz eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energien bei der Lieferart „pay as produced“ mit dem Hauptstromlieferanten abzuschließen.

Der Hauptstromlieferant führt vor Vertragsabschluss voraussichtlich eine eigenständige technische Prüfung der gemeldeten Anlage durch. Gegenstand dieser Prüfung sind insbesondere die Anschlussfähigkeit sowie die Kompatibilität der Anlage mit den bestehenden netztechnischen Gegebenheiten. Das Prüfergebnis wird dem jeweiligen Bieter sowie der Vergabestelle übermittelt. Die Anlage muss mindestens die technischen Anforderungen erfüllen, die sich aus dem als Anlage beigefügten Direktvermarktungsvertrag mit dem Hauptstromlieferanten ergeben.

Hinweis: Ein Zuschlag erfolgt nur, sofern die Prüfung durch den Hauptstromlieferanten zu einem positiven Ergebnis führt und ein Vertrag über die Direktvermarktung rechtsverbindlich abgeschlossen werden kann. Andernfalls bleibt die Zuschlagserteilung ausgeschlossen.

Die rechtzeitige Mitwirkung am Abschluss des Direktvermarktungsvertrags mit dem Hauptstromlieferanten sowie die Bereitstellung aller hierfür erforderlichen technischen Informationen und Unterlagen liegen in der Verantwortung des Bieters. Ein Zuschlag kann nur erteilt werden, wenn sämtliche hierfür erforderlichen vertraglichen und technischen Voraussetzungen vorliegen.

Im Falle eines Wechsels des Hauptstromlieferanten kann eine erneute technische Prüfung durch den neuen Hauptstromlieferanten (voraussichtlich nicht vor 2030) erforderlich sein. Der Lieferant ist in diesem Fall verpflichtet, rechtzeitig einen Direktvermarktungsvertrag mit dem neuen Hauptstromlieferanten abzuschließen und die hierfür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

4. Voraussichtlicher Terminplan

Der nachfolgende Terminplan gibt den derzeit geplanten Ablauf des Vergabeverfahrens wieder. Der Zeitplan ist unverbindlich. Die Auftraggeberin behält sich vor, Fristen und Abläufe unter Wahrung des Wettbewerbs- und Gleichbehandlungsgrundsatzes anzupassen. Dies umfasst insbesondere die Möglichkeit, einzelne Fristen zu verlängern oder zu verkürzen.

Absendung der Bekanntmachung / Aufforderung zur Angebotsabgabe	29.05.2026
Frist für die Einreichung von Lastgangdaten 2025 und aller weiteren angeforderten Informationen zur Anlage (Stammdatenblatt) gemäß Ziffer III.3 (Angebotsbestandteile 2.6 und 2.7)	22.06.2026
Relevanter Stichtag für die Bewertung der Angebotspreise (Referenz: EEX German Power Futures: https://www.eex.com/en/market-data/market-data-hub/power/futures)	29.06.2026
Frist für den Eingang der Angebote (Angebotsfrist)	01.07.2026
Zuschlagserteilung (voraussichtlich)	17.07.2026
Bindefrist	31.07.2026
Beginn der Leistungserbringung	01.01.2027
Ende der Leistungserbringung	je nach Angebot des erfolgreichen Bieters: 31.12.2027, 31.12.2028, 31.12.2029, 31.12.2030, 31.12.2031, 31.12.2032,

	31.12.2033, 31.12.2034, 31.12.2035, 31.12.2036
--	---

Hinweis zur Einreichung der Lastgangdaten:

Die Frist für die Vorlage der Lastgangdaten für das Kalenderjahr 2025 und aller sonstigen angeforderten anlagenspezifischen Informationen ist keine Ausschlussfrist. Die Bieter werden jedoch ausdrücklich gebeten, diese Daten möglichst bis zum 22.06.2026 zu übermitteln, um eine zügige Prüfung und Bewertung der Angebote und eine fristgerechte Zuschlagserteilung zu ermöglichen. Eine spätere Übermittlung kann die Berücksichtigung im laufenden Wertungsprozess verzögern.

5. Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen sind in drei Hauptteile gegliedert: **Teil 1 (Verfahrensunterlagen)**, **Teil 2 (Angebotsunterlagen)** und **Teil 3 (Vertragsunterlagen)**. Mit dem Angebot einzureichen sind nur die Angebotsunterlagen (Teil 2). Die Vergabeunterlagen umfassen folgende Dokumente:

Teil 1 – Verfahrensunterlagen	
1.1	Bewerbungs- und Angebotsbedingungen
1.2	Formblatt Bieterfragen
Teil 2 – Angebotsunterlagen (Formblätter)	
2.1	Angebotsschreiben
2.2	Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
2.3	Bietergemeinschaftserklärung
2.4	Nachunternehmer

2.5	Russlandsanktionen
2.6	Lastgangdaten 2025 (Einreichung möglichst bis 22.Juni 2026)
2.7	Stammdatenblatt (Einreichung möglichst bis 22. Juni 2026)
Teil 3 – Vertragsunterlagen	
3.1	Power Purchase Agreement
3.2	Muster Stromabnahmevertrag (Vertrag Sonstige Direktvermarktung) einschließlich Anlagen (für Lieferart „Pay as Produced“)

Interessierte Unternehmen haben sich vor der Abgabe des Angebots über die Art und den Umfang der im Auftragsfall zu erbringenden Leistungen zu informieren. Alle interessierten Unternehmen sind zudem aufgefordert, die Vergabeunterlagen auf Vollständigkeit zu prüfen. Über etwaige Unklarheiten oder Widersprüche ist die Auftraggeberin rechtzeitig zu informieren. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass die Geltendmachung von Ansprüchen jeder Art, insbesondere von Schadenersatzansprüchen ggf. ausgeschlossen ist, wenn die Auftraggeberin nicht vorab informiert wurde. Eine Haftung des Auftraggebers für leichte Fahrlässigkeit ist ausgeschlossen.

II. Hinweise zum Verfahren

1. Art des Vergabeverfahrens: Offenes Verfahren nach § 14 SektVO

Die Leistung wird im Rahmen eines offenen Verfahrens mit vorheriger Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union gemäß § 14 SektVO ausgeschrieben.

Jedes interessierte Unternehmen kann ein Angebot abgeben. Mit dem Angebot sind die geforderten Erklärungen und Nachweise im Hinblick auf die bekannt gegebenen Eignungsanforderungen und Ausschlussgründe einzureichen.

Die Angebote werden zunächst in formaler Hinsicht geprüft. Angebote, die nicht fristgerecht eingegangen sind, unvollständig sind oder die formellen Anforderungen nicht erfüllen (vgl. Ziffer III.), werden nicht zur Wertung zugelassen.

Für den Fall fehlender, unvollständiger oder sonst fehlerhafter Angebote bzw. Angebotsbestandteile behält sich die Auftraggeberin vor, die betroffenen Bieter unter Beachtung der Grundsätze der Gleichbehandlung und des Wettbewerbs aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Auftraggeberin hierzu nicht verpflichtet ist und das Fehlen geforderter Unterlagen oder Angaben zum Ausschluss des betroffenen Angebots führen kann. Die Berücksichtigung nachgereichter Unterlagen ist zudem ausgeschlossen, wenn dadurch die Wertungsreihenfolge beeinträchtigt würde. Die Bieter haben daher sorgfältig darauf zu achten, dass die Angebote alle erforderlichen Angaben, Nachweise und Erklärungen enthalten.

Hinweis: Es finden im Rahmen des offenen Verfahrens keine Verhandlungen über die Angebote statt und es gibt keine Möglichkeit zur Abgabe von Folgeangeboten. Die Bieter sind deshalb aufgefordert, ggf. bestehende Unklarheiten oder Anpassungsbedarf vor Angebotsabgabe im Rahmen von Bieterfragen mitzuteilen. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt anhand der Zuschlagskriterien (vgl. dazu unter Ziffer IV.).

2. Kommunikation und Vergabepattform

Die Kommunikation mit der Vergabestelle während des Vergabeverfahrens erfolgt ausschließlich unter Verwendung elektronischer Mittel über die Vergabepattform „Deutsches Vergabeportal“ (im Folgenden „**Vergabepattform**“). Die Vergabepattform ist über folgenden Link abrufbar:

<https://dtvp.de/>

Allen Interessenten wird empfohlen, sich möglichst frühzeitig auf der Vergabepattform zu registrieren. Sofern neue oder überarbeitete Unterlagen auf der Vergabepattform eingestellt werden, werden die registrierten Interessenten grundsätzlich per E-Mail informiert. Die Bieter dürfen sich darauf jedoch nicht verlassen und müssen sich fortlaufend und eigeninitiativ über neue Informationen durch Besuch der Vergabepattform unterrichten. Sofern Schwierigkeiten beim Öffnen von Dateien oder sonstige Probleme im Rahmen des Zugangs zur Vergabepattform auftreten, ist die Auftraggeberin unverzüglich zu informieren.

Eine mündliche bzw. telefonische Kommunikation findet nicht statt, soweit nicht die Auftraggeberin ausdrücklich dazu einlädt.

3. Bieterfragen

Fragen und Auskunftersuchen der Bieter um zusätzliche Informationen zu den Vergabeunterlagen oder zum Verfahren sind unverzüglich, spätestens jedoch binnen nachstehender Frist, in Textform ausschließlich über die vorstehend genannte e-Vergabeplattform einzureichen.

Fragen und Hinweise zum Verfahren und zu den Vergabeunterlagen sind bis spätestens zum

22. Juni 2026

unter Verwendung des **Formblatts 1.2 – Bieterfragen** einzureichen. Es werden ausschließlich Fragen beantwortet, deren Beantwortung für die Erstellung der Angebote erforderlich ist. Fragen, die nicht innerhalb der o.g. Frist gestellt werden und nicht spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Angebote beantwortet werden können, werden grundsätzlich nicht beantwortet. Unabhängig davon wird zur Vermeidung von Verzögerungen um zeitnahe Übersendung der Fragen gebeten. Die auf der Vergabeplattform veröffentlichten Fragen und Antworten werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Hinweis: Für die Einreichung von Bieterfragen ist das diesen Vergabeunterlagen beigefügte Formblatt „Bieterfragen“ (**Formblatt 1.2**) zu verwenden. Das Formblatt ist als Word-Datei einzureichen.

Die Fragen sind so zu formulieren, dass ein Rückschluss auf die Identität des Fragestellers nicht möglich und eine Beantwortung dieser Frage an alle Bieter möglich ist.

Die Auftraggeberin behält sich zum Schutz des Geheimwettbewerbs vor, Fragen der Bieter umzuformulieren, etwa um Rückschlüsse auf die Identität des Fragestellers zu verhindern. Fragen bzw. Antworten, die nur einen einzelnen Bieter und/oder dessen Geschäftsgeheimnisse betreffen, werden ggf. nur diesem Bieter gegenüber beantwortet.

4. Geheimhaltung, Vertraulichkeit und Urheberrecht

Alle interessierten Unternehmen und Bieter sind verpflichtet,

- (1) die Ausschreibungsunterlagen, den etwaig aufgrund des gegenständlichen Vergabeverfahrens abgeschlossenen Vertrag sowie alle ihm sonst im Zusammenhang mit dem

Vergabeverfahren, dem Abschluss des Vertrags und der Abwicklung des Vertragsverhältnisses (einschließlich aller bei der Abwicklung des Vertragsverhältnisses erzielter Ergebnisse) bekannt gewordenen und noch bekannt werdenden technischen und kaufmännischen Informationen und Unterlagen jedweder Art sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers (im Folgenden kurz: vertrauliche Informationen) – gleichviel, ob sie in mündlicher, schriftlicher, visueller, elektronischer oder sonstiger Form vorliegen, – vertraulich zu behandeln;

- (2) für den Fall, dass zur Erfüllung (vor-) vertraglicher Verpflichtungen, Obliegenheiten und sonstiger Aufgaben andere Personen (insbesondere Nachunternehmer, Dienstleister und Lieferanten) eingebunden werden, besteht die Verpflichtung zur Geheimhaltung vertraulicher Informationen auch für alle eingebundenen Unternehmen und die für diese tätigen Personen; diese sind ebenso zu verpflichten und dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn sie sich vor Aufnahme ihrer Tätigkeit nachweislich und ausdrücklich schriftlich oder in Textform zur Geheimhaltung verpflichtet haben;
- (3) die vertraulichen Informationen ausschließlich im Rahmen des Vergabeverfahrens unter Einhaltung der vergaberechtlichen Grundsätze, und zur Abwicklung eines etwaig aufgrund des gegenständlichen Vergabeverfahrens abgeschlossenen Vertragsverhältnisses und nicht auch für eigene andere sowie für Zwecke Dritter zu nutzen;
- (4) die vertraulichen Informationen nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch die Auftraggeberin offenzulegen, zu veröffentlichen, kommerziell zu verwerten oder an Dritte (ausgenommen für Zwecke der Angebotserstellung sowie der Abwicklung eines etwaig aufgrund des gegenständlichen Vergabeverfahrens abgeschlossenen Vertragsverhältnisses durch Nachunternehmer und Lieferanten) weiterzugeben; auch Pressemitteilungen und sonstige Mitteilungen dürfen nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch die Auftraggeberin weitergegeben werden.

Die vorstehenden Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens, aber auch während der Abwicklung und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses örtlich, zeitlich und auch sonst in jeder Hinsicht uneingeschränkt fort; das gilt auch gegenüber den mit dem Bieter verbundenen Unternehmen sowie den vorstehend unter (2) genannten Personen.

Von dieser Geheimhaltungspflicht ausgenommen sind Unterlagen und Informationen, für die der Bieter den Nachweis erbringt, dass sie allgemein bekannt sind oder bekannt werden, ohne dass dies von ihm zu vertreten ist, oder dass diese ihm bereits bekannt waren, bevor sie ihm die Auftraggeberin zugänglich machte, oder dass sie ihm durch einen Dritten zur Kenntnis

gelangt sind, ohne dass er die der Auftraggeberin gegenüber bestehende Geheimhaltungspflicht verletzt hat.

Die Unterlagen dieses Vergabeverfahrens, die von der Vergabestelle bzw. von der Auftraggeberin übermittelt werden oder von diesem stammen, unterliegen grundsätzlich dem Urheberrecht. Alle Rechte jedweder Art an von der Auftraggeberin erstellten bzw. von diesem übergebenen technischen und kaufmännischen Informationen und Unterlagen jedweder Art bleiben ausnahmslos und vollumfänglich beim Auftraggeber, ohne dass es im Einzelfall eines entsprechenden Vorbehalts bedarf. Ebenso bleiben alle Rechte jedweder Art an den von der Auftraggeberin eingebrachten Ideen und Konzepten ausnahmslos und vollumfänglich beim Auftraggeber; diese stellen anvertraute Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse im Sinne des UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) dar.

5. Wettbewerbsbeschränkungen

Die Bieter dürfen sich an keiner unzulässigen oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichteten Wettbewerbsbeschränkung beteiligen. Sie haften der Auftraggeberin für sämtliche Schäden, die durch eine unzulässige oder gegen die Interessen des Auftraggebers gerichtete Wettbewerbsabsprache, an der sie beteiligt sind oder waren, verursacht wird oder wurde. Die Grundsätze des Geheimwettbewerbs sind zu beachten.

6. Entschädigung/Vergütung

Für die Ausarbeitung und Einreichung von Angeboten und sonstigen Unterlagen wird keine Vergütung oder Entschädigung geleistet.

7. Aufhebung des Vergabeverfahrens

Die Auftraggeberin ist aus jedem sachlichen Grund – insbesondere bei Änderung des Bedarfs oder Wegfall der budgetären Deckung oder bei Überschreitung des für das zu Grunde liegende Beschaffungsvorhaben vorgesehenen Budgets – berechtigt, das Vergabeverfahren aufzuheben. Das Vergabeverfahren steht insbesondere unter dem Vorbehalt der Wirtschaftlichkeit.

Es wird darauf hingewiesen, dass zum Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung noch nicht sämtliche Gremienentscheidungen vorbehaltlos vorliegen. Die Auftragsbekanntmachung erfolgt frühzeitig, um einen zeitgerechten Beginn der Beschaffung zu ermöglichen und Planungssicherheit zu gewährleisten. Die Auftraggeberin behält sich ausdrücklich vor, das Verfahren aufzuheben, falls die erforderliche Freigabe nicht rechtzeitig erteilt wird oder eine

Finanzierung der beabsichtigten Abnahmemengen nicht gesichert ist. In diesem Fall besteht kein Anspruch auf Zuschlag oder Fortführung des Verfahrens.

III. Form und Inhalt des Angebotes

1. Abgabe der Angebote

Das Angebot ist innerhalb der Angebotsfrist in Textform (§ 126b BGB) elektronisch über die e-Vergabeplattform abzugeben. Eine Abgabe des Angebots auf sonstigem Weg, z.B. per Post, Telefax oder E-Mail, ist nicht zulässig.

Interessierten Unternehmen wird empfohlen, sich rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsfrist mit den Anforderungen an die elektronische Abgabe der Angebote vertraut zu machen, damit eine ordnungsgemäße und fristgerechte Abgabe sichergestellt ist. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingehen, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten.

Angebote müssen in deutscher Sprache eingereicht werden. Die Angebote müssen vollständig sein und haben alle geforderten Angaben und Erklärungen und Preise zu enthalten. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

2. Bietergemeinschaften / Nachunternehmer

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist bereits mit der Angebotsabgabe die Zusammensetzung der Bietergemeinschaft vollständig offenzulegen. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haben eine Bietergemeinschaftserklärung (**Formblatt 2.3 Bietergemeinschaftserklärung**) vorzulegen, aus dem die Verantwortlichkeiten der einzelnen Mitglieder sowie der bevollmächtigte Vertreter eindeutig hervorgehen. Die Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen. Änderungen in der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

Beabsichtigt der Bieter, Teile des Auftrags an Nachunternehmer weiter zu beauftragen, so hat der Bieter bereits im Angebot diejenigen Leistungsteile zu benennen, die für die Ausführung durch Nachunternehmer vorgesehen sind. Die Leistungsteile sind unter Angabe der betreffenden Ordnungsziffer des Leistungsverzeichnisses oder der Leistungsbeschreibung anzugeben, um eine Zuordnung zu ermöglichen. Soweit nur Teile einer Einzelposition zur Ausführung durch Nachunternehmer vorgesehen sind, ist das entsprechend anzugeben (**Formblatt 2.4 Nachunternehmer**).

3. Einzureichende Unterlagen / Vollständigkeit der Angebote

Folgende Unterlagen sind zwingend mit dem Angebot einzureichen:

2.1	<p>Angebotsschreiben</p> <p>Das Formblatt 2.1 ist vollständig auszufüllen und in Textform einzureichen.</p> <p>Im Angebotsschreiben sind die angebotene Vertragslaufzeit (ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre, vier Jahre, 5 Jahre, 6 Jahre, 7 Jahre, 8 Jahre, 9 Jahre oder 10 Jahre, jeweils endend zum 31.12. des betreffenden Kalenderjahres, der angebotene Festpreis und die gewählte Lieferart („Pay as Produced“ oder „Pay as Forcecasted“) anzugeben. Fehlende oder unvollständige Preisangaben führen grundsätzlich zum Ausschluss des Angebots.</p>
2.2	<p>Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen</p> <p>Das Formblatt 2.2 ist von jedem Bieter, jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft sowie jedem einbezogenen Drittunternehmen (benannten Nachunternehmen) auszufüllen. Es dient der Bestätigung, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen.</p>
2.5	<p>Russlandsanktionen</p> <p>Das Formblatt 2.5 dient dem Nachweis, dass der Bieter und die ggf. weiteren einbezogenen Unternehmen nicht von den EU-Sanktionen gegen Russland betroffen sind. Es enthält eine verbindliche Erklärung, dass weder das Unternehmen selbst noch mit ihm verbundene Personen oder Organisationen auf Sanktionslisten stehen oder unter die restriktiven Maßnahmen der EU-Verordnung fallen.</p> <p>Das Formblatt 2.5 ist Voraussetzung für die Teilnahme am Vergabeverfahren. Fehlt die unterzeichnete Erklärung oder ergeben sich Zweifel an der Einhaltung der Sanktionen, kann das Angebot vom Verfahren ausgeschlossen werden.</p>

2.6	<p>Lastgangdaten 2025</p> <p>Mit dem Formblatt 2.6 sind die vollständigen viertelstündlichen Erzeugungsdaten (Lastgänge) der angebotenen Anlage für das Kalenderjahr 2025 in digitaler Form einzureichen. Die Daten dienen als Grundlage für die wirtschaftliche Bewertung im Rahmen der Angebotswertung (Profilmfaktorermittlung).</p> <p>Die Daten sind in die von der Auftraggeberin bereitgestellte Excel-Tabelle einzutragen und als Teil des Angebots einzureichen. Erforderlich ist eine klare Trennung zwischen gemessenen und prognostizierten Werten; Prognosedaten sind monatlich durch eine gelbe Markierung zu kennzeichnen.</p> <p>Die Einreichung sollte möglichst <u>bis zum 22.06.2026</u> erfolgen, um eine rechtzeitige Prüfung und Bewertung zu gewährleisten. Eine spätere Einreichung kann zu Verzögerungen im Wertungsprozess führen.</p>
2.7	<p>Stammdatenblatt</p> <p>Das Formblatt 2.7 enthält die wesentlichen technischen, betrieblichen und organisatorischen Angaben zur angebotenen Anlage. Es ist vollständig auszufüllen und mit dem Angebot einzureichen.</p> <p>Das Stammdatenblatt bildet die Grundlage für die technische Prüfung durch den Hauptstromlieferanten gemäß Ziffer 3.6 der Vergabeunterlagen. Insbesondere wird anhand der darin enthaltenen Informationen geprüft, ob die Voraussetzungen für den Abschluss eines Direktvermarktungsvertrags erfüllt sind.</p> <p>Die Einreichung sollte möglichst <u>bis zum 22.06.2026</u> erfolgen, um eine rechtzeitige Prüfung und Bewertung zu gewährleisten. Eine spätere Einreichung kann zu Verzögerungen im Wertungsprozess führen.</p>

Folgende Unterlagen sind – **soweit einschlägig** – mit dem Angebot vollständig ausgefüllt einzureichen:

2.3	Bietergemeinschaftserklärung Das Formblatt 2.3 ist nur im Fall von Bietergemeinschaften auszufüllen und einzureichen. Es sind sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter anzugeben, der die Bietergemeinschaft in allen Angelegenheiten des Vergabeverfahrens und im Auftragsfall in allen Angelegenheiten der Vertragsabwicklung gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt.
2.4	Nachunternehmer Das Formblatt 2.4 ist nur auszufüllen und einzureichen, wenn Nachunternehmer eingebunden werden. Anzugeben sind die Leistungen, die von Nachunternehmern erbracht werden sollen.

Hinweis zur Angebotsabgabe bei mehreren Anlagen:

Jede Erzeugungsanlage im Sinne von Ziffer I.3.3, für die ein Angebot eingereicht werden soll, wird gesondert betrachtet. Jedes Angebot darf jeweils nur eine Anlage in diesem Sinne zum Gegenstand haben. Sofern ein Bieter mehrere Anlagen anbieten will, ist für jede Anlage daher ein separates Angebot mit allen geforderten Unterlagen einzureichen. Im Angebotsschreiben (Formblatt 2.1) sind jeweils die angebotenen Festpreise und die gewählten Vertragslaufzeiten anzugeben. Die Abgabe eines zusammengefassten Angebots für mehrere Anlagen ist nicht erwünscht und kann zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Die Bewertung der Angebote sowie eine etwaige Zuschlagserteilung erfolgen anlagenbezogen.

IV. Zuschlagserteilung / Vertragsschluss

Einziges Zuschlagskriterium ist der Preis (100 %). Der maßgebliche Wertungspreis ist die Differenz zwischen dem angebotenen Abnahmepreis (Angebotspreis) und dem durchschnittlichen Spotmarktpreis des eingespeisten Stroms (Profilfaktorpreis):

$$\text{Wertungspreis} = \text{Profilfaktorpreis} - \text{Angebotspreis}$$

Ziel ist es, den größten wirtschaftlichen Vorteil für die Auftraggeberin zu realisieren, gemessen an der Differenz zwischen dem durchschnittlichen Spotmarktpreis des eingespeisten Stroms

(Profilfaktorpreis) und dem vom Bieter angebotenen Abnahmepreis (Angebotspreis). Diese Berechnung wird auf der Grundlage der Spotmarktpreise des Jahres 2025 durchgeführt.

Der **Profilfaktorpreis** wird wie folgt ermittelt: Die Auftraggeberin überträgt die von den Bietern mitgeteilten viertelstündlichen Lastgänge des Jahres 2025 der einzelnen Anlage in die den Vergabeunterlagen beigelegte Excel-Tabelle („**Lastgangdaten 2025**“). Anschließend wird der Lastgang um Zeitintervalle bereinigt, in denen der Spotmarktpreis kleiner oder gleich null Euro ($\leq 0 \text{ €/MWh}$) lag. Auf dieser Grundlage wird der sogenannte Profilfaktorpreis (in ct/kWh) wie folgt ermittelt:

- Summe der Produkte aus viertelstündlichen Strommengen und jeweiligen Spotmarktpreisen (nur für Zeitintervalle mit Preis > 0) = Erzielbarer Gesamtwert (€)
- Division durch die erzeugte Menge innerhalb des bereinigten Lastgangs = Profilfaktorpreis (in ct/kWh)

Sofern die übermittelten Lastgangdaten nicht gemessen, sondern prognostiziert sind, wird zur Berücksichtigung der geringeren Prognosegenauigkeit ein Abschlag in Höhe von 0,02 ct/kWh pro Monat – insgesamt maximal 0,24 ct/kWh – vom ermittelten Profilfaktorpreis abgezogen (= Prognoseabschlag). Dabei darf ein gegebenenfalls eingesetzter Batteriespeicher in der Prognose nicht berücksichtigt werden. In diesem Fall berechnet sich der Wertungspreis wie folgt:

$$\text{Wertungspreis} = \text{Profilfaktorpreis} - \text{Prognoseabschlag} - \text{Angebotspreis}$$

Den Bietern wird die Excel-Tabelle zur Verfügung gestellt, um die Berechnung nachvollziehen zu können. Prognosedaten sind als solche kenntlich zu machen (monatsweise). Der **Angebotspreis** ist der im Angebotsschreiben angebotene Festpreis in ct/kWh. Je höher der Wertungspreis, desto besser wird das Angebot bewertet, da eine größere Differenz eine größere prognostizierte Einsparung für die Auftraggeberin bedeutet.

Die Auftraggeberin legt folgenden Höchstpreis fest:

Der Angebotspreis (Festpreis in ct/kWh) muss mindestens 30 % bei PV und 15% bei Wind unter dem durchschnittlichen Spotmarktpreis am festgelegten Stichtag liegen. Als Referenz gilt der durchschnittliche Day-Ahead-Spotmarktpreis (Baseload) in €/MWh des 29. Juni 2026, veröffentlicht durch EEX German Power Futures: <https://www.eex.com/en/market-data/market-data-hub/power/futures>. Angebote, bei denen der Angebotspreis diesen Höchstpreis überschreitet, können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Die Auftraggeberin vergibt die Zuschläge in absteigender Reihenfolge der Wertungspreise, solange die vorgesehene jährliche Abnahmemenge gemäß Ziffer I.3.4 nicht überschritten wird. Die Auftraggeberin ist nicht verpflichtet, das Ausschreibungsvolumen vollständig auszuschöpfen; ein Anspruch auf Zuschlag besteht nicht.

Der Zuschlag erfolgt vorbehaltlich eines positiven Ergebnisses der technischen Prüfung durch den jeweiligen Hauptstromlieferanten (vgl. Ziffer I.3.6). Erst nach Abschluss eines Direktvermarktungsvertrags und positiver Netzanschlussprüfung wird der Zuschlag rechtswirksam erteilt.

Ein Vertrag kommt mit Zugang der Zuschlagserteilung beim erfolgreichen Bieter zustande. Vorher abgegebene Erklärungen begründen keine vertraglichen Verpflichtungen.

V. Nachprüfung

Interessierte Unternehmen und Bieter, die der Auffassung sind, in ihren Rechten verletzt zu sein, können sich für die Kontrolle dieses Vergabeverfahrens an die Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe wenden:

Vergabekammer Baden-Württemberg
beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstraße 17
76131 Karlsruhe
Telefon: 0721 926-8730
Telefax: 0721 926-3985
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Internet: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

Es wird auf § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB hingewiesen. Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.